Freie Demokraten
FDP im Rat der Stadt

Rats-Update Nr. 18

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 15. April 2024
In jeder Sitzung des Stadtrates gibt es mindestens ein Thema, dass von den Grünen erwartbar abgelehnt wird, weswegen rund 20 Parteimitglieder der Grünen vor nahezu jeder Ratssitzung (mit Warnwesten und fordernden Plakaten ausgestattet) ein Spalier vor dem Eingang der Mercatorhalle bilden, durch das die Ratsmitglieder gehen müssen, wobei sie mit lautstarken Parolen und bösen Blicken bedacht werden. Diesmal richtete sich die Ablehnung gegen den geplanten Bau eines Autohofs im Autobahnkreuz Kaiserberg, der auf der Tagesordnung stand.

SPD und CDU setzten alle Anfragen von der Tagesordnung ab
Zu Beginn der Sitzung stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende den Antrag, alle Anfragen der kleineren Fraktionen von der Tagesordnung abzusetzen und diese zunächst in den Fachausschüssen beraten zu lassen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies sprach sich vehement dagegen aus. Er äußerte den Verdacht, dass unbequeme Fragen der Opposition nicht in der Öffentlichkeit behandelt werden sollen, da Ratssitzungen bekanntermaßen per Livestream im Internet übertragen werden, die Ausschusssitzungen jedoch nicht. Trotz weiterer Proteste der kleineren Fraktionen setzten sich SPD und CDU mit Ihrem Antrag durch. Wilhelm Bies beantragte daraufhin, auch einen Antrag von SPD und CDU zunächst im zuständigen Ausschuss beraten zu lassen, was diese erwartungsgemäß ablehnten.

Resolution: Arbeitsplätze bei Thyssenkrupp sichern
An Top 1 stand eine gemeinsame Resolution der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, FDP, BSW, Linken und SGU, in der sich die Antragsteller gegen den angekündigten Arbeitsplatzabbau bei Thyssenkrupp aussprachen. Alle Redner betonten die Solidarität mit den Beschäftigten des Unternehmens und forderten „alle politischen Ebenen“ auf, dafür zu sorgen, dass die Transformation zur CO2-freien Stahlproduktion gefördert wird und alle Arbeitsplätze im Unternehmen erhalten werden.

Die meisten Ratsherren, die sich bei diesem Thema zu Wort meldeten, sind hauptberufliche Betriebsräte und/oder Gewerkschaftsfunktionäre. Dementsprechend harsch fiel die Kritik am Thyssenkrupp-Management aus. Nur die AfD sprach dagegen. Deren Sprecher erläuterte, dass die angestrebte und im Antrag geforderte ökologisch-wirtschaftliche Transformation die Ursache des Problems sei und man deshalb nicht beides gleichzeitig, also die Transformation und den Erhalt der Arbeitsplätze, fordern könne. Außer der AfD stimmten letztendlich alle Fraktionen für die Resolution.

Änderung der Satzung für die 7 Bezirksvertretungen
Im Zuge des Übergangs der städtischen Immobilen vom IMD auf die Wirtschaftsbetriebe (WBD-AöR) wurde festgestellt, dass zahlreiche Reparaturen an Gebäuden in der Vergangenheit nur verzögert beauftragt werden konnten, weil zunächst die jeweilige Bezirksvertretung zustimmen musste. Dies soll sich ändern. Die Bezirksvertretungen sollen zukünftig nur noch Arbeiten ab einem Auftragsvolumen von über 25.000,-€ beraten und beschließen, damit die notwenigen Reparaturen schneller erfolgen können. Dazu musste die Satzung der Bezirksvertretungen geändert werden, wogegen sich Grüne, Linke und JuDu wehrten. Sie sahen eine massive Beschneidung der Rechte aller Bezirksvertreter.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg wies darauf hin, dass die geplante Änderung der Satzung von fast allen Bezirksvertretungen akzeptiert wurde, woraus man ableiten könne, dass die Bezirksvertreter/innen sich offenbar nicht in ihren Rechten beschnitten fühlten. Da alle vorgesehenen Arbeiten stets in den Wirtschaftsplänen von IMD, WBD und Gebag ausgewiesen werden und diese Pläne den Bezirksvertretungen vorgelegt werden, werden den Bezirksvertretern keine Informationen vorenthalten, weswegen auch die FDP-Fraktion dieser Satzungsänderung zustimmen konnte.

Überprüfung aller Straßennamen auf Bezüge zur NS-Geschichte
Die folgenden 15 Tagesordnungspunkte wurden alle einstimmig und kommentarlos beschlossen. Bei Top 21 kam es dann zu zahlreichen emotionalen Wortmeldungen.

Hierbei ging es um die Anregung eines Bürgers (nach §24 GO), wonach alle Duisburger Straßennamen auf einen möglichen Bezug zur NS-Zeit hin überprüft werden sollten. Als Bespiel wurde Heinrich Lersch genannt. Die Verwaltung hatte ein Antwortschreiben an den Petenten formuliert, in der sie darauf hinwies, dass der Kulturausschuss dies im Jahre 2020 beschlossen habe und das städtische „Zentrum für Erinnerungskultur" bereits dabei sei, alle Straßennamen zu überprüfen. Dieses Antwortschreiben sollte der Stadtrat jetzt genehmigen und zum Versand freigeben.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen kritisierte, dass die Verwaltung seit 2 Jahren prüfe und immer noch nicht fertig sei, was vermuten ließe, dass die Verwaltung „*nicht so richtig will*". Er erklärte, dass dieses Thema viele Menschen interessiere und auch tief bewege. Oberbürgermeister Sören Link entgegnete, dass er bisher noch keinen einzigen getroffen habe und es wohl an der „Bubble" der Grünen liege, dass der Eindruck entstehe, dass es sich um ein extrem wichtiges Thema handele. Weiterhin erklärte der OB, dass die Benennung von Straßen ein originäres Recht der Bezirksvertretungen sei und er zudem nicht leichtfertig über Straßenumbenennungen diskutieren möchte, da dies für Anwohner/innen und Unternehmen ein (mit hohen Kosten verbundenes) Problem darstellen würde. Nach langer Diskussion `segnete´ der Rat das Antwortschreiben an den Petenten einstimmig ab.

Bau eines Autohofs am Autobahnkreuz Kaiserberg
Seit rund 20 Jahren gibt es Pläne, in der Nähe des Autobahnkreuzes Kaiserberg einen Autohof (ähnlich einer Autobahnraststätte) zu errichten. Immer wieder mal gab es Bauherren mit neuen Plänen, die letztendlich aber alle scheiterten. Jetzt hat ein Investor neue Pläne vorgelegt, wofür die Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans beschlossen werden sollte, wogegen sich die Grünen vehement wehrten. Im Laufe der langwierigen Diskussion kam das Gefühl auf, dass sich nahezu jedes Ratsmitglied der Grünen zu Wort meldete. Sie befürchteten, dass sich LKWs durch das gesamte Stadtgebiet schlängeln, um diesen Autohof zu erreichen, womit das aktuelle LKW-Problem in der Stadt noch verschlimmert würde. Stattdessen forderten sie einen Autohof in einem Gewerbegebiet.

Die SPD entgegnete, dass man einen Autohof an einer Autobahn baue und nicht in einem entlegenen Gewerbegebiet, gerade um neue LKW-Verkehre zu vermeiden. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erinnerte an das „Sankt Florians-Prinzip", wonach jeder den Bau eines Autohofs für sinnvoll und richtig halte, jedoch nicht in seiner Nähe. Insofern wäre es immer der „falsche" Standort. An der jetzt geplanten Stelle gibt es jedoch (fast) keine Anwohner. Zum Schluss der langen Debatte äußerte sich noch eine Ratsfrau der Grünen mit der Hoffnung, das auch dieser Investor wieder abspringe. Am Ende stimmten nur Grüne und Linke gegen die Ansiedlung eines Autohofs am Kreuz Kaiserberg.

FDP-Antrag: Errichtung eines Monuments der Demokratie und Grundrechte
FDP-Ratsherr Oliver Alefs hatte einen Antrag formuliert, in dem die Errichtung eines „Monuments der Demokratie und Grundrechte" gefordert wurde. Dieses sollte als Zeichen gegen politischen Extremismus an zentraler Stelle errichtet werden, wie z.B. am Innenhafen, in der Nähe der Synagoge. Diesem Antrag hatten sich (als Mit-Antragsteller) die Fraktionen von BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht), die Linke/Die Partei und die SGU-Gruppe angeschlossen.

Erwartungsgemäß sprachen sich die großen Fraktionen gegen die Errichtung eines Monument der Demokratie aus. So argumentierten SPD und CDU, dass das städtische „Zentrum für Erinnerungskultur" schon sehr viel tue und `Bildung und Information´ besser sei, als ein Denkmal. Die Grünen erklärten, dass es „*besser gewesen wäre, die Stadtgesellschaft zu fragen, was sie im Sinne der Demokratie haben wolle*." Die AfD fand den Antrag „*einfach nur falsch*" und ergänzte boshaft, dass hier offenbar „*eine `Klein-Partei´ versuche, die eigene Bedeutungslosigkeit zu verdecken*". Den Wortmeldungen entsprechend, wurde der Antrag von einer großen Mehrheit des Stadtrates abgelehnt. Es ist jedoch zu vermuten, dass eines Tages ein ähnlicher Antrag von den großen Fraktionen kommen wird…

JuDu: Arbeitspflicht für Asylbewerber in Duisburg durchsetzen!
Ein Antrag der Fraktion JuDu (Junges Duisburg) mit dem Titel „Arbeitspflicht für Asylbewerber in Duisburg durchsetzen!" sorgte für zahlreiche emotionale und langwierige Wortmeldungen. Der JuDu-Fraktionsvorsitzende Frederik Engeln erläuterte, dass es sich um eine bundesgesetzliche Vorschrift handele, die in Duisburg seit über 30 Jahren offenbar ignoriert würde, was er für einen Skandal halte. Zudem sei er der Meinung, dass Asylbewerber durchaus Gemeinwohlarbeiten verrichten sollten und hier nicht „*wie im Schlaraffenland leben sollten*".

Die Grünen entgegneten sichtlich aufgebracht, dass JuDu in diesem Antrag ein „*menschenunwürdiges Menschenbild der 80er Jahre*“ offenbare. Die SPD störte sich an dem Wort „Schlaraffenland“ und vor allem am Begriff „Arbeitspflicht“, der jedoch nach Aussage von JuDu genau so im Gesetzestext stehe. Die Fraktion BSW empörte sich, da eine „Pflicht zur Arbeit“ eine Erniedrigung sei. Die CDU regte sich über die „*populistische Überschrift des nicht-notwenigen Antrags*“ auf. Die AfD begrüße diesen Antrag (erwartungsgemäß) ausdrücklich.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies kommentierte, dass dieser Antrag „*etwas schief in der Kurve*“ liege, da man nicht wisse, ob es tatsächlich eine zwingend vorgeschriebene gesetzliche Arbeitspflicht für Asylbewerber gäbe, wie die Duisburger Stadtverwaltung mit diesem Thema umgehe und was der Oberbürgermeister bzw. die zuständige Dezernentin Astrid Neese dazu sage. Diese antwortete, dass die Stadt dies grundsätzlich anbiete, aber nicht jeder Asylbewerber dieser Pflicht nachkommen müsse. Nach zahlreichen weiteren, oft sehr emotionalen Wortmeldungen, stimmten nur JuDu und AfD zu, alle anderen Ratsmitglieder lehnten diesen Antrag ab.

JuDu-Antrag: Rathaus dauerhaft beflaggen

Genauso emotional ging die Diskussion beim folgenden Antrag von JuDu weiter. Darin hatten die Fraktion beantragt, vor dem Rathaus täglich die Bundesflagge, die Landesflagge und die Flagge der Stadt zu hissen. Nach kurzer Erläuterung war klar, dass es nicht um das tägliche hissen ging, sondern um eine Dauerbeflaggung des Rathauses „*um das Heimatgefühl der Duisburger zu stärken*“. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte, dass diese Flaggen Symbole für Demokratie und Grundrechte seien und Demokratie und Grundrechte in Deutschland als „*normaler Zustand*“ zu verstehen wären. Insofern könne man eine dauerhafte Beflaggung am Rathaus auch als „*normal*“ zu betrachten.

Die CDU zog das Thema zunächst ins Lächerliche, indem sie vorschlug, zusätzlich immer eine Flagge auf dem Rathaus zu hissen, wenn der Oberbürgermeister anwesend sei. Von dieser Ironie abgesehen hielte es die CDU für sinnvoller, die Flaggen nur dann zu hissen, wenn besondere Anlässe dies gebieten, weil die Beflaggung ansonsten „*entwertet*“ würde. Die Grünen kommentierten an die Adresse von JuDu: „*Sie kennen die Realität offenbar nicht mal mehr vom Hörensagen*“. Der Vorsitzende der AfD-Fraktion verstand nicht, wie man überhaupt dagegen sein könne. Der Oberbürgermeister erklärte, dass es eine Flaggenverordnung des Landes NRW gäbe, die genau beschreibe, wie die Beflaggung zu handhaben sei, und genau so würde es auch in Duisburg gemacht. Letztendlich stimmten nur JuDu, AfD und FDP zu, alle anderen Fraktionen lehnten diesen Antrag ab.

Errichtung eines neuen städtischen Tierheims in Rheinhausen-Asterlagen

Der Neubau des städtischen Tierheims wurde bereits in einer früheren Ratssitzung beschlossen. Allerdings wurde er damals im Businesspark in Asterlagen geplant. Nachdem die Anlieger aus verständlichen Gründen dagegen demonstriert und eine Klage angedroht hatten, hat die Stadtverwaltung sich auf die Suche nach einem anderen, besser geeigneteren Ort gemacht. Dieser wurde nun auf der gegenüberliegenden Seite des Businessparks gefunden. Dort steht dem Tierheim nun auch eine deutlich größere Fläche zur Verfügung. So erklärte der zuständige Dezernent Martin Linne, dass die Kapazitäten am ursprünglich geplanten Standort bereits nach wenigen Jahren absehbar an ihre Grenzen gestoßen wären. Der Oberbürgermeister ergänzte, dass das derzeitige Tierheim in Neuenkamp „*eine Schande für Duisburg*“ sei.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bruno Sagurna erläuterte, dass so auch eine mögliche jahrelange juristische Auseinandersetzung vermieden werden konnte, die den Neubau des Tierheims nur weiter verzögert hätte. Die CDU ergänzte, dass sich während der Planungen ein deutlich größerer Platzbedarf herausgestellt hätte. FDP-Ratsherr Oliver Alefs begrüßte den neuen Standort und die nun deutlich vergrößerten und verbesserten Möglichkeiten für das Tierheim. Die Grünen bedauerten, das der vorherige Standort nicht realisiert werden konnte. Obwohl der Stadtrat den Neubau des Tierheim bzw. des Tierschutzzentrums letztendlich einstimmig beschloss, kam es vor der Abstimmung noch zu zahlreichen weiteren Wortmeldungen, die vermutlich der Livestream-Übertragung geschuldet waren.

Grüne: Baugenehmigung im Landschaftsschutzgebiet zurücknehmen

Bei einem Antrag der Grünen kam es zu aufgeregten streitigen Wortbeiträgen zwischen den einzelnen Fraktionen und dem Oberbürgermeister. Die Grünen hatten gefordert, die „*rechtswidrig erteilte Baugenehmigung“* eine Hauses und einer Halle in einem Landschaftsschutzgebiet wieder zurückzunehmen.

Der Oberbürgermeister empörte sich darüber, dass durch den Antrag der Grünen der Eindruck erweckt werde, dass die Duisburger Stadtverwaltung rechtswidrige Baugenehmigungen erteile. Er wies deutlich darauf hin, dass die Verwaltung grundsätzlich immer rechtmäßig handele. Der OB bezeichnete den Antrag der Grünen als „*grünen Populismus der schlimmsten Art*“… und weiter: „*so etwas ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten*“.

Die CDU ergänzte, dass der Stadtrat keine rechtliche Möglichkeit besitze, eine erteilte Baugenehmigung der Stadtverwaltung wieder zurückzunehmen, insbesondere, wenn die Häuser bereits fertig gestellt seien oder sich im Bau befinden. Auch die SPD bezeichnete den Antrag als „*blanken Populismus*“, der die Stadt unglaubwürdig mache.

Nach zahlreichen erregten Wortgefechten erklärte der zuständige Dezernent Michael Rüscher, dass es sich bei dem betroffenen Gebiet im Duisburger Süden zwar um ein Landschaftsschutzgebiet handele, es sich an dieser Stelle jedoch um einen Bereich handele, der nach §34 des Baugesetzbuchs zu entscheiden sei (der genaue Gesetzestext: „*Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist*.“). Demnach hat ein Antragsteller bzw. Bauherr einen gesetzlichen Anspruch auf die Erteilung einer Baugenehmigung. Das gilt selbst dann, wenn es Wunsch der örtlichen Politik sein sollte, diesen Bereich nicht zu bebauen.

Die ganze, von den Grünen erzeugte und der Presse angefeuerte Aufregung über diese Baugenehmigung war demnach überflüssig. Dennoch zogen die Grünen ihren Antrag nicht zurück und stimmten als einzige Fraktion dafür. Alle anderen Ratsmitglieder stimmten dagegen.

Um 19:40 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung, der eine kurze nichtöffentliche Sitzung mit 4 Tagesordnungspunkten folgte.

Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist am 10. Juni 2024 geplant. Danach werden wir Sie wieder gerne über die aktuellen Themen und Beschlüsse des Duisburger Stadtrates (aus Sicht der Liberalen) informieren.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine gute Zeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer